

Meteodata

Beschluss OGH 17.12.2002, 4 Ob 248/02b

Die Klägerin betreibt ein Dienstleistungsunternehmen zur Erstellung von Wetterkarten, -prognosen, -analysen und -gutachten. Sie bietet auch eine direkte Einstellung von Wetterprognosen gewünschter Länder/Regionen auf die Website von Kunden gegen Entgelt an. Sie bietet bestimmte Informationen (alle europäischen Ländern und größere Städte) auch auf ihrer eigenen Website an. Direkt darunter wird jeweils durch einen Copyright-Vermerk auf die Klägerin hingewiesen, welcher zusätzlich als Homepage-Link ausgestaltet ist: "Quelle: c METEO-data". Dabei werden jeweils auch verschiedene Werbebanner angezeigt. Die Beklagte ist ein Bauunternehmen, welche eine Website mit Frames unterhält. Das Top-Frame enthält ein Werbebanner, während darunter, auf konkrete Anforderung des Besuchers, das Bauwetter eines bestimmten Bundeslandes erscheint. Hierbei wird die Webseite der Klägerin samt Copyrightvermerk in dieses Subframe eingebunden. Da es sich um einen Frame handelt, ist jedoch der Domainnamen (meteodata.com) nicht im Browser sichtbar. Zwischen Klägerin und Beklagter besteht kein Vertragsverhältnis. Auf eine rückwirkende Lizenzforderung hin wurde das Wetter entfernt, aber die Zahlung abgelehnt. Die Klägerin führt aus: Durch die Verlinkung entstehe ein Ad-hoc-Wettbewerbsverhältnis und eine Absatzbehinderung. Weiters liege eine Übernahme fremder Leistungen vor, indem sich die Beklagte sittenwidrig ein fremdes Arbeitsergebnis nutzbar mache. Hierdurch wird das Internetangebot der Klägerin entwertet, der dadurch Werbeeinnahmen entgehen. Weiters handelt es sich bei den Wetterkarten um urheberrechtlich geschützte Werke, weshalb die Beklagte, ev. nur als Gehilfin, Vervielfältigungs- und Veröffentlichungsrechte verletze.

Klagebegehren:

- EV auf Unterlassung
- Urteilsveröffentlichung
- Schadenersatz

Schöne Oberösterreicherinnen

Urteil OGH 25.5.2004, 4 Ob 115/04x

Ein Fotograf erstellte für eine Modellagentur Set-Karten, d.h. Musterfotografien von Personen zwecks Anwerbung von Aufträgen für diese Personen. Diese kosteten ATS 7.000,-, welche von den Modellen bezahlt wurden. Die Fotos wurden auch auf der Homepage der Modellagentur veröffentlicht sowie den Modellen für private Zwecke übergeben. Der Fotograf lichtete auch Privatkundinnen ab, die Fotos für private Zwecke wünschten. Im Rahmen einer Aktion der Kronen Zeitung ("Schöne Oberösterreicherinnen") wurden Personen aufgefordert, eigene Fotografien einzusenden, welche dann in der Zeitung sowie auf der zugehörigen Webseite veröffentlicht wurden. Hierbei wurden sowohl Fotos für Set-Karten als auch reine Privatfotografien eingesandte, welche alle vom Fotografen hergestellt waren.

Klagebegehren:

- Unterlassung der Veröffentlichung
- Schadenersatz (angemessenes Entgelt)
- Urteilsveröffentlichung in der Kronen Zeitung

Ehrenbeleidigungen im Gästebuch

Beschluss OGH 21.12.2006, 6 Ob 178/04a

Im Gästebuch der Website des Beklagten wurden Ehrenbeleidigungen über den Kläger gepostet, welche dieser erst auf Aufforderung durch den Kläger löschte. Diese waren ca. 7 Tage sichtbar. Bei Klageeinbringung waren jedoch nicht alle Äußerungen gelöscht, was aber im Laufe des Verfahrens erfolgte. Hierbei handelte es sich um einige selbst nicht beleidigende Nachrichten, welche aber auf die, allerdings bereits gelöschte, Nachricht verwiesen. Eine Prüfpflicht für die Zukunft wird vom Betreiber abgelehnt.

Klagebegehren:

Einstweilige Verfügung und Urteil auf Unterlassung der Veröffentlichung bzw. der Zulassung von Äußerungen ehrenbeleidigenden Inhalts

Privater Programm-Vertrieb

Eine Person programmiert selbständig in ihrer Freizeit ein Programm mit ähnlichem Funktionsumfang wie ein anderes kommerzielles Produkt und möchte dieses nun über das Internet verkaufen. Dieses Programm kann durch die Käufer selbst mit Zusatzmodulen Dritter erweitert werden. Zum Verkaufszweck benötigt er eine Webseite zur Werbung und Kontaktaufnahme mit den Kunden bzw. Interessenten.

Auf dieser Webseite sind folgende Elemente enthalten:

- Screenshots von seinem Programm und von dem des Vorbild-Programms zum Vergleich
- Links zu den Webseiten von Anbietern ausgewählter Erweiterungs-Module sowie direkte Links für den Download dieser Module (auf dem Server des jeweiligen Anbieters)
- Ein von einem Profi-Fotografen für Zwecke des Anbietens an Modell-Agenturen hergestelltes Foto von dem Autor selbst
- Ein lustiges Werbebanner einer anderen Webseite, in welchem der Firmenname durch den eigenen Namen ersetzt wurde

Aufgabenstellung:

1. Untersuchen Sie die angeführten Elemente auf ihre urheberrechtliche Unbedenklichkeit hin sowie in Hinsicht auf unlauteren Wettbewerb
2. Ein Vertreiber (nicht der Hersteller!) des Vorbild-Programms nimmt Kontakt mit dem Webhoster der Seite auf, wegen angeblicher Verletzungen. Was exakt hat der Webhoster zu unternehmen?
3. Erstellen Sie ein vollständiges Web-Impressum, wobei zu berücksichtigen ist, dass der Verkauf des Programms Privat erfolgt, d.h. als "Nebentätigkeit" unabhängig von einer derzeit bestehenden hauptberuflichen Anstellung und nur sehr geringen Umfang besitzt (unter €1.000,- pro Jahr).

ECG-widrige Web-Site

OGH 18.8.2004, 4 Ob 151/04s

Sowohl Kläger wie Beklagter bieten das Versenden von E-Cards über Webseiten an. Auf der Seite des Beklagten können Nutzer für sie kostenlos (Firmen zahlen ev. für damit verbundene Werbung; Sachverhalt ungeklärt) E-Cards verschicken. Die Website enthält als Angaben Namen und Postanschrift des Betreibers, sowie deren E-Mail Adressen.

Klagebegehren: EV auf Unterlassung mangelhafter Angaben nach ECG (Telefon-/Faxnummer, Kammer, Berufsverband, Hinweis auf gewerberechtliche Vorschriften, UID)

ECG Ausschnitt:

§ 3. Im Sinne dieses Bundesgesetzes bedeuten:

1. Dienst der Informationsgesellschaft: ein in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz auf individuellen Abruf des Empfängers bereitgestellter Dienst (§ 1 Abs. 1 Z 2 Notifikationsgesetz 1999), insbesondere der Online-Vertrieb von Waren und Dienstleistungen, Online-Informationsangebote, die Online-Werbung, elektronische Suchmaschinen und Datenabfragemöglichkeiten sowie Dienste, die Informationen über ein elektronisches Netz übermitteln, die den Zugang zu einem solchen vermitteln oder die Informationen eines Nutzers speichern;
2. Diensteanbieter: eine natürliche oder juristische Person oder sonstige rechtsfähige Einrichtung, die einen Dienst der Informationsgesellschaft bereitstellt;

§ 5. (1) Ein Diensteanbieter hat den Nutzern ständig zumindest folgende Informationen leicht und unmittelbar zugänglich zur Verfügung zu stellen:

1. seinen Namen oder seine Firma;

Proxy-Berichtigung

Beschluss OGH 25.2.2004, 3 Ob 261/03h

Auf den Webseiten des Klägers befanden sich beleidigende Äußerungen über die Beklagte. Daraufhin wurde eine Einstweilige Verfügung (EV) erlassen, welche es verbot, diese Inhalte weiter zu verbreiten. Diese Verfügung ist mit Strafe bewehrt. Da der Verfügung angeblich nicht nachgekommen wurde, führte die Beklagte Exekution gegen den Kläger aus dem Titel der Verletzung der EV. Der Kläger beantragt nun, diese Exekution für unzulässig festzustellen.

Der Fall basiert auf § 1330 ABGB (Ehrenbeleidigung: Schadenersatz, Widerruf, Veröffentlichung; Nach Judikatur auch Unterlassung möglich) und hat keine Verbindung zum UWG (in dem es auch Beseitigungsansprüche gibt).

Als Ablauf konnte festgestellt werden:

- 17. Mai: Erlass der EV
- 22. Mai: Änderungen der Webseite durch Entfernung der beleidigenden Äußerungen
- 23., 24. Mai: Die Texte mit beleidigendem Inhalt sind auf dem Computer des Beklagtenvertreters weiter abrufbar
- 25.-29. Mai: Die Texte mit beleidigendem Inhalt sind auf dem Computer des Beklagtenvertreters weiter abrufbar
- 28. Mai Beschluss zur Unterlassungsexekution wegen Verletzung am 23. und 24. Mai
- 29. Mai und 2*3. Juni: Beschluss zur Unterlassungsexekution wegen Verletzung zwischen 25. und 29. Mai
- 7. Juni (Freitag): Der Dateiname der Webseite wird vom Kläger geändert
- 10. Juni (Montag): Die Texte mit beleidigendem Inhalt sind auf dem Computer des Beklagtenvertreters **nicht mehr** abrufbar (8., 9. Juni: Keine Überprüfung)

Grund für diese Verhalten war, dass in der Kanzlei des Beklagtenvertreters ein Proxy (genauer gesagt: der interne Browser-Cache) verwendet wurde, welcher die (alte) Seite weiterhin gespeichert hatte. Erst durch die Änderung des Dateinamens erfolgte ein neuer Zugriff auf die Seite, sodass die Änderung sichtbar wurde. Es ist davon auszugehen, dass ein Großteil aller Internet-Benutzer (bewusst oder unbewusst) Proxies verwenden (wenn auch üblicherweise in anderer Konfiguration!).

Klagebegehren: Feststellung der Unzulässigkeit der Exekution

Gültigkeit der GPL

Urteil LG München 19.5.2004, 21 O 6123/04

Der Antragsteller (Kläger) ist Hauptverantwortlicher der Programmentwicklung der Linux-Firewall IPTables. Er ist Maintainer des vierköpfigen Kernteams (d.h. eine Art Geschäftsführer; es gibt hier jedoch keinerlei rechtliche Organisation, GmbH, AG, etc.). Diese Software wird unter der GNU General Public License als Open-Source-Software zum Download angeboten. Dies bedeutet, dass jeder die Software völlig frei nutzen darf (auch kommerziell; Gratis-Lizenz), ebenso wie sie verändern. Wird eine Veränderung jedoch verbreitet, so darf sie insgesamt (d.h. mit den Änderungen!) wieder nur unter der GPL erfolgen (was auch erfordert, dass der gesamte Quellcode zur Verfügung gestellt wird). Im Endeffekt bleibt daher jedes abgeleitete und verbreitete Werk wieder frei verfügbar. Die Verfügungsbeklagte vertreibt WLAN-Router, welche diese Software enthalten (insbesondere auch Teile, welche vom Kläger ausschließlich alleine programmiert wurden). Es wurde jedoch weder auf die GPL verwiesen, noch der Quellcode zur Verfügung gestellt.

Die GPL enthält weiters einen Passus, dass eine Verletzung der Bedingungen automatisch einen Lizenzverlust bedeutet, dieser jedoch Dritte unberührt lässt, solange sich diese an die Lizenz halten.

Im Verfahren war noch die Passivlegitimation der Beklagten streitig; hier nicht erörtert.

Klagebegehren: Erlass einer EV auf Unterlassung der Verbreitung der Software